

Seltsamer Menschentausch in Australien

Umstrittenes Asylabkommen mit Malaysia

Malaysia soll Australiens Problem mit den Bootsmigranten entschärfen. Dafür übernimmt Australien von Malaysia im Gegenzug 4000 bereits anerkannte Flüchtlinge.

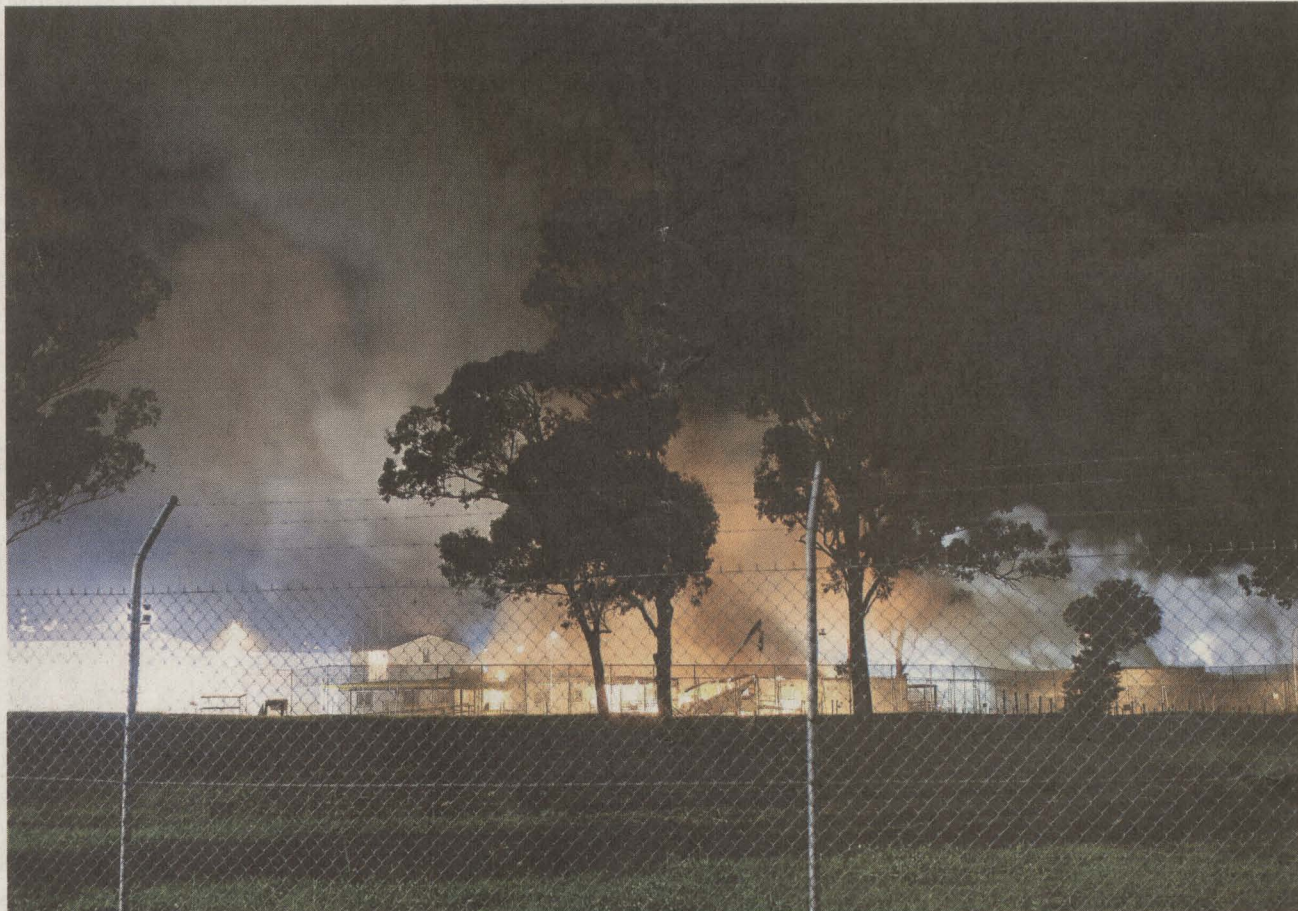
Heidi Gmür, Sydney

Die australische Premierministerin Julia Gillard hat am Wochenende einen überraschenden Tauschhandel mit Malaysia angekündigt: Australien transferiert die nächsten 800 Bootsmigranten für das Asylverfahren nach Malaysia. Australien übernimmt von Malaysia im Gegenzug 4000 bereits anerkannte Flüchtlinge, verteilt über vier Jahre. Gillard sieht das neuartige Abkommen als Teil einer «regionalen Lösung für ein regionales Problem». Sie hofft, damit den Schleppern das Handwerk zu legen: Die Aussicht, in Malaysia statt Australien zu enden, soll die Asylsuchenden davon abhalten, die gefährliche Bootsreise überhaupt erst anzutreten. Erst im vergangenen Dezember starben gegen 50 Migranten, als ihr Boot vor der Weihnachtsinsel im Nordwesten Australiens in der Brandung kenterte.

Absage aus Osttimor

Die Ankündigung des Abkommens erfolgte, nachdem die Laborregierung zunehmend unter Druck geraten war. Seit zwei Jahren steigt die Zahl der Bootsflüchtlinge; 2008 waren es noch 161, ein Jahr später bereits 2849, und im vergangenen Jahr wurden 6879 Bootsmigranten registriert. Aufstände in zwei Haftzentren feuerten die Asyldebatte weiter an. Auf der Weihnachtsinsel kam es Mitte März zu Unruhen, die die Polizei mit Tränengas niederschlug. Ende April protestierten Asylsuchende im Haftzentrum Villawood bei Sydney und steckten mehrere Gebäude in Brand. Einen Rückschlag erlitt die Regierung Gillard auch mit dem Plan, auf Osttimor ein neues Lager zu eröffnen, um Druck von den bisherigen Zentren zu nehmen. Die Regierung Osttimors hat inzwischen klargemacht, dass sie dazu nicht Hand bieten werde. Unter dem Strich hinterliess die australische Regierung einen ziemlich ratlosen Eindruck.

Sollte sich Gillard vom Abkommen mit Malaysia allerdings einen Befreiungsschlag erhoffen, so hat sie sich wohl getäuscht. Ihre eigene Partei gab Gillard am Montag zwar den Segen, trotz Skepsis im linken Flügel. Die konservative Opposition spricht hingegen von einem lausigen Deal für Australien angesichts des Tauschverhältnisses von einem Asylsuchenden gegen fünf



Das Haftzentrum Villawood in Sydney brannte anlässlich von Protesten von Asylsuchenden am 21. April 2011.

BRAMI JEGAN / EPA

Flüchtlinge. Die Grünen wiederum werfen Labor vor, eine ebenso unmenschliche Asylpolitik zu betreiben wie deren konservative Vorgängerregierung unter John Howard.

Kritik von links

Pikant ist, dass Premierministerin Gillard ein Abkommen mit einem Land abschliesst, das die Uno-Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet hat. Dies, obwohl sie ein Asylzentrum im Inselstaat Nauru just aus diesem Grund stets abgelehnt hatte. Ein Sprecher von Amnesty International verwies zudem auf einen vor wenigen Monaten veröffentlichten Bericht, in dem die Menschenrechtsorganisation die Behandlung von Asylsuchenden in Malaysia scharf kritisiert hat. Auch andere Menschenrechtsorganisationen meinten warnend, der Schutz der Migranten sei in Malaysia nicht gewährleistet. Hingegen liessen Gillard und der malaysische Premierminister in einer gemeinsamen Erklärung verlauten, dass die Bootsmigranten in Malaysia «mit Respekt und Würde» behandelt würden. Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) reagierte denn auch positiv auf das Abkommen. Es war bereits in die Vorbereitungen einbezogen

worden und soll auch die Umsetzung begleiten. Auf den Deal mit Malaysia könnte bald die Ankündigung eines neuen Auffanglagers auf der Insel Manus folgen. Die Insel gehört zu Papua-Neuguinea; es befand sich dort bereits unter Howard ein Asylzentrum. Gillard hat inzwischen entsprechende Gespräche mit Papua-Neuguinea bestätigt.

Kein Asylland

Dass das UNHCR das Abkommen mit Malaysia unterstützt, ändert nichts an seinen Vorbehalten gegenüber Australiens Asylpolitik. Erst im März zeigte es sich erneut tief besorgt über die negativen Folgen der teilweise sehr langen Inhaftierung von Asylsuchenden an isolierten Orten.

Tatsächlich hatte die Laborregierung vor drei Jahren erklärt, dass die Inhaftierung von Asylsuchenden für Australien künftig nur noch eine Ultima Ratio sein soll. Stattdessen stieg die Zahl der inhaftierten Personen seit 2009 kontinuierlich an. Mitte April 2011 waren es 6872 Personen, wovon 1825 auf der Weihnachtsinsel. Über 60 Prozent von ihnen befinden sich bereits seit mehr als sechs Monaten in Immigrationshaft.

Die Emotionalität, mit der die Asyldebatte in Australien seit Jahren geführt

wird, täuscht darüber hinweg, dass der Kontinent im internationalen Vergleich wenig Asylsuchende anzieht. Von rund 360 000 Asylgesuchen, die 2010 laut UNHCR in 44 Industrienationen gestellt wurden, entfielen 8250 oder 2 Prozent auf Australien. In der Schweiz haben laut dem Eidgenössischen Justizdepartement im vergangenen Jahr 15 567 Personen Asyl beantragt.

VON BERN NACH SYDNEY

pfi. · Vor kurzem hat Heidi Gmür (gmü.) ihre Arbeit als Korrespondentin der «Neuen Zürcher Zeitung» für Ozeanien aufgenommen. Von Sydney aus wird sie über das wirtschaftliche und politische Geschehen in Australien und Neuseeland berichten und die weitere Region bereisen. Die NZZ freut sich auf Neuigkeiten, Hintergründiges und Analytisches zum politischen Leben und zu den wirtschaftlichen Zusammenhängen in der nicht zuletzt durch ihren Rohstoffreichtum international an Bedeutung gewinnenden Region. Gmür hat an der Universität Bern Wirtschaftswissenschaften und Politologie studiert und berichte vor ihrer Übersiedlung nach Sydney aus Bern als Bundeshauskorrespondentin der «NZZ am Sonntag».